Zeitschrift: Rote Revue : sozialistische Monatsschrift
Herausgeber: Sozialdemokratische Partei der Schweiz
Band: 41 (1962)
Heft: 11

Artikel: Kann es so weitergehen?
Autor: Bührer, Jakob
DOI: https://doi.org/10.5169/seals-337376

Nutzungsbedingungen
Die ETH-Bibliothek ist die Anbieterin der digitalisierten Zeitschriften auf E-Periodica. Sie besitzt keine Urheberrechte an den Zeitschriften und ist nicht verantwortlich für deren Inhalte. Die Rechte liegen in der Regel bei den Herausgebern beziehungsweise den externen Rechteinhabern. Das Veröffentlichen von Bildern in Print- und Online-Publikationen sowie auf Social Media-Kanälen oder Webseiten ist nur mit vorheriger Genehmigung der Rechteinhaber erlaubt. Mehr erfahren

Conditions d'utilisation
L'ETH Library est le fournisseur des revues numérisées. Elle ne détient aucun droit d'auteur sur les revues et n'est pas responsable de leur contenu. En règle générale, les droits sont détenus par les éditeurs ou les détenteurs de droits externes. La reproduction d'images dans des publications imprimées ou en ligne ainsi que sur des canaux de médias sociaux ou des sites web n'est autorisée qu'avec l'accord préalable des détenteurs des droits. En savoir plus

Terms of use
The ETH Library is the provider of the digitised journals. It does not own any copyrights to the journals and is not responsible for their content. The rights usually lie with the publishers or the external rights holders. Publishing images in print and online publications, as well as on social media channels or websites, is only permitted with the prior consent of the rights holders. Find out more

Download PDF: 26.11.2025

ETH-Bibliothek Zürich, E-Periodica, https://www.e-periodica.ch

interessante Einblicke in die Periode der Revolution. Aus ihren Schilderungen wird die Begeisterung der Massen und der geistigen Elite, ihr eigener Glaube an die neue Gesellschaftsordnung, aber auch ihre wachsenden Zweifel und ihre Empörung nochmals heraufbeschworen. Außer Lenin charakterisiert sie auch andere Revolutionäre, mit denen sie zusammenarbeitete, wie Sinowjew und Trotzkij. Etwas erschwert wird die Lektüre durch die vollkommen unsystematische Darstellung der Ereignisse, da die Verfasserin ihre Erinnerungen spontan wiedergeben wollte. Ob ihrer Meinung nach ein anderer Weg hätte eingeschlagen werden können, darüber sagt Angelica Balabanoff nichts. Nach ihren eigenen Worten wußte sie nur, was eine sozialistisch-proletarische Regierung *nicht* tun durfte. Wohl aus diesem Zwiespalt heraus vermied es die Verfasserin, ein endgültiges Urteil über Lenin zu fällen. Wie sie selbst sagt, wurde ihr der einsame Kampf Lenins für den Sozialismus, der wohl angesichts der unermeßlichen Schwierigkeiten die Kräfte eines einzelnen Menschen, sei er noch so genial, überstieg, erst beim Abschied klar.

(«Lenin» von Angelica Balabanoff, übersetzt aus dem Italienischen, Verlag für Literatur und Zeitgeschehen, Hannover 1961.)

JAKOB BÜHRER

Kann es so weitergehen?

Nämlich mit unserer Wirtschaft! Auf diese Frage antwortet eine Schrift, die der Gotthardbund herausgegeben hat. Das Vorwort schrieb Christian Gasser, vordem Professor für Nationalökonomie, heute Direktor einer größeren Unternehmung der Metallindustrie. Es kommt zu dem Schluß: Nein, denn wenn es so weiter geht, dann haben wir im Jahre 1970 eine Million zweihunderttausend Fremdarbeiter, und das kann nicht sein. Er ruft nach «chirurgischen Eingriffen», als da wären: Verzicht auf die Herstellung von «unwirtschaftlichen unschweizerischen billigen Massenartikeln», die man besser aus dem Ausland beziehe. Schweizer Waren seien Qualitätsarbeit, die viel Kapital verlangen und in «kluggeführten Unternehmungen» hergestellt würden. Zum andern sei zu prüfen, ob nicht ein Teil unserer Produktion ins Ausland verlagert werden könne, und drittens sollte man auf die Lieferung an kommunistische Länder verzichten, wobei man erproben könne, ob die auf Lenin und Stalin zurückgehende Charakterisierung des kapitalistischen Unternehmers als durch und durch verdorbenen Charakterlumpen zu Recht bestehe.

Zu diesen Vorschlägen ist vielleicht zu bemerken, daß erzwungene Verzichte auf die Herstellung von billigen Massenartikeln vermutlich von Parteifreunden Gassers als unzulässige Eingriffe in die «Handels- und Gewerbefreiheit» empfunden würden. Bevor wir noch einen Teil unserer Industrie ins Ausland verlegen, wäre doch wohl zu erwägen, ob nicht vorher gewissen unter der Abwanderung leidenden Gegenden des eigenen Landes zu vermehrter Seßhaftigkeit und größerem Wohlstand zu verhelfen wäre, zumal da noch brachliegende Arbeitskräfte zu finden wären. Was aber die Belieferung kommunistischer Länder betrifft, läßt sich die Meinung vertreten, mit der «Erhaltung des Gleichgewichts des Schreckens» allein kommen wir nicht zum Frieden. Wohl aber durch wirtschaftliche Zusammenarbeit von Ost und West, und wenn es auch den Völkern hinter dem Eisernen Vorhang besser geht.

Am Ende seiner Betrachtung kommt Gasser zum Schluß: In Frankreich könne eine Revolverkugel einen Bürgerkrieg auslösen, Italien sei durch den Kommunismus gefährdet, Belgien habe sich jüngst von einer zweifelhaften Seite gezeigt, und was man von einem mit «Verdrängungen vollgepackten Deutschland» zu erwarten habe, stehe dahin. Mit einem solchen Europa verbündet zu sein, habe zwei Seiten. Es sei jedoch undenkbar, daß die Schweiz nicht in die EWG aufgenommen werde, und dies zu Bedingungen, die uns die Erhaltung der Neutralität erlaube. Aber auch wenn wir draußen bleiben müßten, sei das nicht unbedingt ein Unglück.

Während also Christian Gasser die Frage «Kann es so weiter gehen» verneint, kommt Professor Dr. Kneschaurek in der erwähnten Schrift zum gegenteiligen Schluß. Ihr Titel lautet:

«Wachstumsprobleme der schweizerischen Volkswirtschaft»

Sie enthält die Gedanken eines sich der Objektivität befleißigenden Volkswirtschafters über die Entwicklung unseres Landes in den kommenden zehn, zwanzig Jahren, in denen doch wohl schicksalhafte Entscheide fallen werden, weshalb es sich verlohnt, sich mit ihnen zu befassen und auseinanderzusetzen. Versuchen wir den Hauptinhalt der Schrift wiederzugeben.

Die technischen Fortschritte, deren kommerzielle Ausnützung die Erweiterung der internationalen Arbeitsteilung, die Entwicklung des Welthandels, der Aufschwungversuch der «Zurückgebliebenen», der Produktionswettkampf zwischen den Vereinigten Staaten und der Sowjetunion hätten so meint Kneschaurek – nichts von ihrer Stoßkraft eingebüßt. Die Wachstumswelle der ganzen und der schweizerischen Wirtschaft habe ihren Gipfel keineswegs erreicht. Ihre Schubkraft werde die nächsten zehn, zwanzig Jahre anhalten. In der Schweiz müsse sie das, da allein der zu erwartende Bevölkerungs-

zuwachs eine «Erhöhung des Sozialprodukts» um 300 Millionen pro Jahr verlange, wenn der heutige Wohlstand erhalten werden solle.

Kneschaurek erläutert dann die Probleme, die das nach ihm unentbehrliche Wachstum der Wirtschaft aufwerfe. Auf die *Vermehrung der Fremdarbeiter* könne nicht verzichtet werden. Er sieht keine Überfremdungsgefahr. Jedenfalls spricht er nicht davon. Gewiß müsse die «optimale Ausnützung» der einheimischen Begabungen durch Schulung und Stipendien erreicht werden. Die Ursache der *Verstädterung* erblickt Kneschaurek in den Leistungen der Städte für Schulen, Kindergärten, Krankenhäuser, Gewerbe- und Fachschulen, für den Pendeltransport und anderes. Sie machten die Anziehungskraft der Städte aus und bildeten das Haupthindernis der *Dezentralisation* der Wirtschaft. Hier könne nur der Staat helfen. Aktive Wirtschaftspolitik und *Landesplanung* seien unerläßlich. Ausführlich tritt Kneschaurek auf das Inflationsproblem ein. Zur Geldentwertung sei es gekommen, weil in der Nachkriegszeit die Nachfrage über die Produktionskapazität hinaus gewachsen sei, die Nachfrage aus dem Ausland und die aus dem privaten Inlandkonsum; dann infolge der wachsenden Staatsaufträge für das Gesundheitswesen, die Wehrwirtschaft (!), Verkehr und anderes. Weiter durch die Tendenz, immer mehr Arbeit durch Maschinen zu besorgen, Maschinen, in denen viel Kapital investiert ist, das nach Verzinsung schreie. Der jetzige «Gruppenkapitalismus» (Aktiengesellschaften) der im Gegensatz stehe zur «kleinen Einheit» des 19. Jahrhunderts, die monopolistische *Preis- und Lohnpolitik* der Unternehmer und Gewerkschaften, die Verpflichtung der Regierungen, für Vollbeschäftigung zu sorgen, keine Depression zu dulden; alles das seien die hauptsächlichsten Ursachen der Inflation, führe zu der «Einbahnstraße der Preisbewegung», auf der es wohl Parkplätze, aber keine Chance zur Umkehr gäbe.

Wie sich der Staat da verhalten solle?

Die einen sagen: Die Inflation ist das Krebsgeschwür der modernen Wirtschaft. Sie wird den Kapitalismus in Frage stellen!

Andere behaupten: Die Inflation ist die Vorbedingung für das wirtschaftliche Wachstum. Der Staat hat von jeder Intervention abzusehen!

Eine dritte Ansicht, zu der auch Kneschaurek neigt und die zwischen den beiden zitierten, einander diametral widersprechenden, steht, geht dahin: Eine Inflation ist für das Wachstum der Wirtschaft nicht notwendig. Wir können sie abstoppen. Nämlich wenn *die Unternehmer und die Gewerkschaften* auf eine mißbräuchliche Ausnutzung ihrer monopolitischen Macht verzichten und in vermehrtem Maße eine auf das *gesamtwirtschaftliche Interesse* ausgerichtete Lohn- und Preispolitik verfolgten. Dazu genüge *nicht*, wenn die Gewerkschaften ihre Lohnforderungen im Rahmen der Produktionsfortschritte der *eigenen* Branchen hielten; auch nicht, wenn die Unternehmer ihre Preise

nicht mehr oder nur mäßig erhöhten. Die Inflation sei bedingt durch die *Preise und Löhne aller Wirtschaftsbranchen eines Landes* und durch die unvermeidliche Tatsache, daß die höchsten Löhne eines Industriezweiges automatisch die aller andern nach sich zögen. Um die Inflationsgefahr auf ein erträgliches Maß zu reduzieren, müsse

die industrielle Arbeiterschaft

ihre Lohnforderungen ungefähr im Rahmen des durchschnittlichen Produktionsfortschrittes der gesamten Volkswirtschaft halten. Das würde eine tragbare und berechtigte Erhöhung der industriellen Reallöhne von zwei Prozent im Jahr ermöglichen.

Die industriellen Unternehmer

sollten die Produktivitätsgewinne, die nicht für Lohnerhöhungen verwendet würden, durch *Preissenkungen* an die Kunden weitergeben.

Ein solches Verhalten, meint Kneschaurek, lasse sich indessen nur schwer erreichen. Zumal – sagt er wörtlich – «die monetäre Übernachfrage die Selbstdisziplin der Unternehmer und der Gewerkschaften untergräbt». Anderseits seien Eingriffe in die Kreditpolitik unpopulär und gefährlich! Der Nationalökonom Böhler wird zitiert: «Wir leben gegenwärtig in einer Periode des Umbruchs, in der es gleichzeitig die Inflation zu stoppen und die Depression zu vermeiden gilt.» Ein anderer Wirtschaftslehrer (G. Haberler) will für die Erreichung dieses Zieles Pausen in der wirtschaftlichen Entwicklung und selbst eine «gewisse Arbeitslosigkeit» (!) in Kauf nehmen. Die Fachgelehrten – so führt Kneschaurek weiter aus – sind sich keineswegs einig, wie diesen Problemen beizukommen ist, ob es richtiger sei, die Nachfrage dem begrenzten Angebot anzupassen oder aber das Angebot auszuweiten, die Produktion zu vermehren, «das wirtschaftliche Wachstum verstärken, nicht drosseln». Kneschaurek steht zu dieser letzteren Ansicht: Nicht Maßnahmen zur Zurückdämmung der Nachfrage, sondern Erhöhung der Produktivität durch Steigerung des technischen Fortschrittes, der Forschung, der Erziehung, der Kapitalbildung. Die erste Voraussetzung für eine Steigerung der Produktivität bleibe

eine hohe Investitionsrate.

Es sei grundsätzlich falsch, die Inflation mit Krediteinschränkungen zu bekämpfen. Ohne vermehrten Geldeinsatz kein weiteres Wachstum der Wirtschaft! Vollausbau der Wasserkräfte, Atomkraft für friedliche Zwecke, Forschung, Forschungszentren, vermehrte Schulen, Ausbau des Verkehrs u. a. erforderten überdurchschnittliche Vermehrung der Investitionen, bedeuteten aber auch, daß die *normale gesamtwirtschaftliche Sparquote* nicht ausreiche,

«um eine inflationsfreie Finanzierung des mächtig anschwellenden Investitionsbedarfes zu sichern». – «Nur wenn es gelingt, den Spargedanken wieder weit über den Mittelstand hinaus, durch die gesamte Angestelltenschaft hindurch *bis in die Arbeiterklasse* hineinzutragen, besteht Aussicht, soviel Kapital zu bilden, als nötig ist, um den technischen Fortschritt und die weitere wirtschaftliche Entwicklung ohne Gefahr einer fortschreitenden Inflation zu finanzieren und die von der Privatwirtschaft (!) gehaltene Position auf lange Sicht zu festigen», erklärt der von Kneschaurek zitierte Dr. Speich, Präsident des Verwaltungsrates des Schweizerischen Bankvereins. Kneschaurek fügt bei: Ähnliches gelte für das Sparen der Unternehmungen, die – um einer widerspruchsvollen Steuerpolitik zu entgehen – einen Teil ihrer Gewinne «zum vornherein» ausgäben! Freilich bilde die Spar- und Kapitalbildung nur die *Voraussetzungen,* um die Inflation zu vermeiden. Letztlich sei dies eine Frage der Vernunft, des Maßhaltens und der Selbstdisziplin. Der Mensch habe diese Wirtschaft geschaffen; er vermöge auch deren Hindernisse zu beseitigen. Nötig sei

Aufklärung der breiten Öffentlichkeit.

Deren Einfluß auf die Haltung der Gewerkschaften und Unternehmer und ihr Verhalten in der Lohn- und Preisfrage spiele eine große Rolle. Bezeichnend sei, daß Kennedy die Bildung eines *Beratungsausschusses* für Fragen der Arbeiter- und Unternehmerpolitik angekündigt habe. Dieser Ausschuß müsse einer aufgeklärten öffentlichen Meinung des Landes vermehrte Geltung verschaffen. Kneschaurek erinnert daran, wie Ende 1947 die schweizerischen Unternehmerverbände, die Gewerkschaften und die Landwirtschaft sich zum Stabilisierungsabkommen zusammenfanden. Mit einer ähnlichen solidarischen Aktion, die zum «*geschlossenen System*» ausgebaut werden müsse, könne das Problem der Inflation und des Wachstums der schweizerischen Wirtschaft gemeistert werden.

Raumeshalber müssen wir hier die Inhaltsangabe von Kneschaureks Abhandlung abbrechen. Die Schlußkapitel enthalten Hinweise auf das Produktionsproblem, eine Zusammenfassung des Vorgebrachten und eine Stellungnahme zur europäischen Integration. Kneschaurek nennt seine Schrift «eine Anleitung für Unternehmer, die in den nächsten Jahren *klare* (von K. gesperrt) unternehmungspolitische Konsequenzen befolgen wollen». Uns scheint, sie ist viel mehr als das: der Aufruf, unsere ganze politische Situation neu zu überdenken und die Frage aufzuwerfen:

Genügt unsere heutige Demokratie?

Genügt die Stufe, die sie erreicht hat, den Anforderungen, die die wirtschaftliche Entwicklung an sie stellen, oder ist ein weiterer Ausbau nötig?

Schon indem Kneschaurek die Inflation, die nach Ansicht gewisser Wirtschaftspolitiker den Kapitalismus in den Abgrund führen wird, sozusagen in den Mittelpunkt seiner Untersuchungen rückt und – neben den Unternehmern auch die Lohnbezüger und ihre Gewerkschaften für das Bestehen und die Lösung des Problems der Geldentwertung verantwortlich macht, ruft er nach einer neuen, höheren ethischen Einstellung zur Volksgemeinschaft. Indem er allgemeine Aufklärung über die Wirtschaft der Gegenwart verlangt, einen Beratungsausschuß für Fragen der Arbeiter und Unternehmer als wünschenswert erachtet, ja, deren Ausbau in einem «geschlossenen System» fordert, regt er politische Maßnahmen und Institutionen an, die über die, die heute in der Verfassung und im Recht verankert sind, hinausgehen.

(Fortsetzung folgt)

CHRONIK DES MONATS

Innenpolitik

Der Bundesrat hat beschlossen, die schon zu Beginn dieses Jahres auf den Herbst zugestandene Erhöhung des Milchpreises auf die Konsumenten abzuwälzen. Wieder bezahlt somit der Konsument – und vor allem die Konsumenten der unteren Einkommensklassen, bei deren Budgets die Milch und die Milchprodukte sehr ins Gewicht fallen – die Folgen unserer immer fragwürdiger werdenden Landwirtschaftspolitik. Neben der Milch werden auch einige Milchprodukte teurer. Ob der Bundesrat diese Abwälzung auf den Konsumenten deshalb zugelassen hat, weil es den Anschein macht, als ob langsam die Spitze der Teuerungswelle erreicht ist? Immer häufiger kann man auf alle Fälle in den maßgeblichen Blättern der Schweiz lesen, daß der Hauptauftrieb in unserem Wirtschaftsleben etwas nachgelassen habe. Dafür spricht auch, daß der Baukostenindex der Stadt Zürich sich im letzten halben Jahr nur um 1,2 Prozent (gegenüber 5,8 Prozent in der vorherigen Periode) erhöht hat. Auch der Ertrag der Grundstückgewinnsteuer, der ein gutes Barometer für die Konjunktur ist, hat in Zürich von 1961 auf 1962 nicht mehr zu-, sondern eher abgenommen.

Die Börsen in der Schweiz verzeichneten große Kurseinbußen, die am 23./24. Oktober (Kubakrise) am ausgeprägtesten waren. Seither hat sich die Börse zwar wieder etwas erholt – es ist jedoch unverkennbar, daß allenthalben eine große Ernüchterung eingetreten ist. Besonders bei den «kleinen